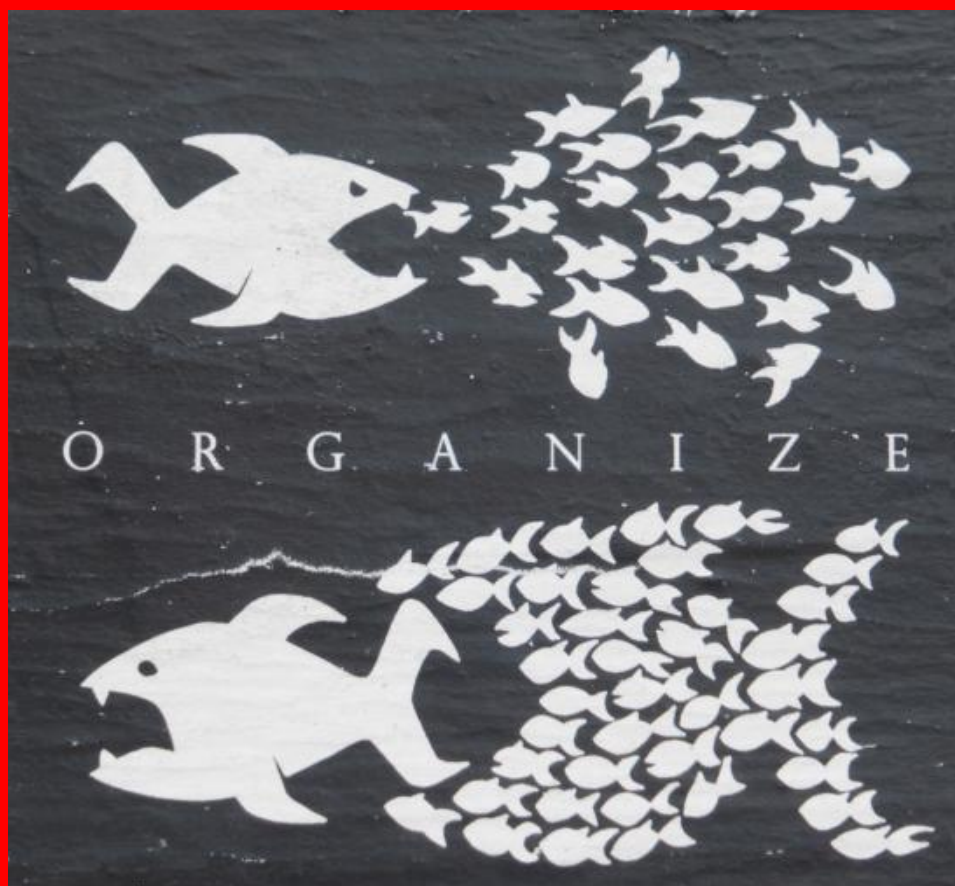


Avanti ²

Theoriebeilage
Antifaschismus:
Der 9. November
als Gedenktag?

ISO Rhein-Neckar

2020 Das Virus: Kapitalismus



Die Lösung: Solidarität

2021

INHALT

TITEL

01 KRISE

Das Virus heißt Kapitalismus

EDITORIAL/INHALT/FRANKREICH

02 FRANKREICH

Erfolgreiche Massenproteste?

KRISE

03 KRISE

Das Virus heißt Kapitalismus

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

04 GESUNDHEITSSCHUTZ IM BETRIEB

Alles im Griff?

05 METALLTARIFRUNDE

Klassenkampf von oben

06 BR-MOBGING I

Was sagen Betroffene?

07 BR-MOBGING I

Gegenwehr konkret

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder geht ein Jahr zu Ende. Die Pandemie und der Umgang mit ihr haben unser aller Leben verändert.

Laut Johns Hopkins Coronavirus Resource Center hat COVID-19 inzwischen rund 1,5 Million Menschen weltweit und rund 16.500 hierzulande das Leben gekostet (Stand Ende November 2020). Das ist bezogen auf die BRD eine Steigerung um 55 % innerhalb eines Monats!

Die weitere Entwicklung ist in vielen Bereichen zugleich kritischer und offener als in den letzten Jahren. Sowohl in Richtung wachsender Gefahren als auch in Richtung positiver Veränderungsmöglichkeiten.

Die Artikel in dieser Dezember-Ausgabe von *Avanti*² versuchen, sich mit diesen beiden Extremen auseinanderzusetzen. Sie spiegeln nicht nur unsere Haltung zu aktuellen Entwicklungen wider, sondern sie informieren über Aktivitäten in verschiedenen Bereichen – Gesundheitsschutz, Betrieb und Gewerkschaft, Wohnen, politische Bildung, Vernetzung ...

Zudem veröffentlichen wir in der vorliegenden Theoriebeilage einen sehr lesenswerten Text über die Geschichte des 9. November in Deutschland.

Wir hoffen, dass diese und die anderen Themen von *Avanti*² Euer Interesse finden.

Zum Jahreswechsel wünschen wir Euch alles erdenklich Gute!

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

GENTRIFIZIERUNG

08 FRAGEN AN DAS OST

Faire Mieten?

SOZIALE FRONT

10 VERNETZUNG

„Wer, wenn nicht wir ...“

POLITISCHE BILDUNG / ISO

11 HERBSTSEMINAR

Schnell noch die Welt verändern?

RÜCKBLENDE/TERMINE

12 VOR 40 JAHREN

Ermordung John Lennons

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 ANTIFASCHISMUS

Der 9. November als Gedenktag?

Massendemos in Frankreich Gegen Unterdrückung demokratischer Rechte!

E. B.

Hundertausende demonstrierten am 28. November 2020 in ganz Frankreich gegen die Einschränkungen der Pressefreiheit durch das „allgemeine Sicherheitsgesetz“. Mit ihm will die Regierung die uneingeschränkte Berichterstattung über

Polizeigewalt unterdrücken.

Unsere Genoss*innen der NPA treten für eine allgemeine Mobilisierung gegen die herrschende Politik ein: „Diese Regierung muss weg!“



Foto: Copyright Photothèque Rouge Martin Noda-Hans Lucas.

„Eure Waffen gegen unsere Kameras“ – Protestplakat auf der Demo in Paris gegen das „allgemeine Sicherheitsgesetz“, 28. November 2020..

Das Virus heißt Kapitalismus

Die Lösung: Solidarität!

M. H. / H. N.

Der Kampf gegen die Corona-Pandemie ist angesichts der zweiten Welle noch mehr in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt. Die neuen Corona-Verordnungen sind jedoch nicht geeignet, die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle in Deutschland schnell, wirksam und dennoch langfristig zu bekämpfen.

Das wundert kaum, denn sie fokussieren auf den Aufschwung der Profite im Dienst des Großkapitals. Vor allem die bestimmenden Industriekonzerne, ihre Lieferketten und der Absatz ihrer Waren werden für unantastbar erklärt.

Ihr Versagen

Die herrschende Politik reagiert auf die 2. Welle der Pandemie mit chaotischen, oft wirkungslosen und daher unsinnigen „Maßnahmen“ („Beherbergungsverbot“, Verbot kultureller Veranstaltungen ...).

Da sie diese auf dem Verordnungsweg durchsetzt, demontiert sie nebenbei die „Herzkammer“ der parlamentarischen Demokratie. Zudem schränkt sie wesentliche Rechte unter dem Vorwand des Kampfes gegen COVID-19 ein.

Die herrschende Politik, aber auch die Leitungen sehr vieler Betriebe, Altenheime und Unterkünfte für Geflüchtete haben den langen Sommer nicht genutzt.

Offenkundige und schwerwiegende Mängel beim Gesundheitsschutz sind meist nicht behoben worden. Flächendeckende Umsetzung des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes an allen Arbeits- und Ausbildungsplätzen? Auf- und Ausbau eines der Gesellschaft dienenden, präventionsorientierten Gesundheitswesens in öffentlicher Hand? Abschaffung des Systems der Fallpauschalen? Ausreichendes, qualifiziertes Personal für den Pflegebereich – insbesondere für die Intensivstationen – und für die Gesundheitsämter? Gesellschaftlich kontrollierte und nicht profitorientierte Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen? Fehlanzeige!

Die herrschende Politik hat zudem versäumt, den Bildungsbeereich technisch, organisatorisch und personell besser auszustatten, um sicheren Unterricht auch im Herbst und Winter gewährleisten zu können.

Ihre Offensive

Die Herrschenden nützen die „Corona-Krise“ für ihre Zwecke aus. Für sie sind das Zeiten, in denen sie meinen, manches noch besser durchdrücken zu können.

Wir sollen nicht nur brav arbeiten gehen. Nein, wir sollen uns ganz schnell digitalisieren und weiter flexibilisieren. Die Bosse haben die Zeichen der Zeit erkannt. Kurzarbeit kombiniert mit ausufernden Arbeitszeiten, Intensivierung von Arbeitsprozessen, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Produktionsverlagerungen, Schließung von Firmen – lange gehegte Unternehmens-Pläne sind bereits verwirklicht oder sollen in den kommenden Monaten realisiert werden.

Gleichzeitig werden Betriebsräte, Vertrauensleute und aktive Kerne in Betrieben oft noch mehr unter Druck gesetzt. Sitzungen, Betriebsversammlungen, Beratungen und Weiterbildungen fallen sehr oft aus. Nur einiges kann digital aufgefangen werden.

Widerstand gegen diese Politik ist bitter nötig. Gleichzeitig gilt es, die menschenverachtende Querfront aus Corona-Leugner*innen und dem faschistischen Lager zu bekämpfen.

Unsere Alternativen

Wirksamer, gesetzlich garantierter Gesundheitsschutz für alle muss deshalb auch an erster Stelle stehen. Er hat die Aufgabe, in einem kontrollierbaren Kreislaufprozess die Ursachen von Gesundheitsgefährdungen ganzheitlich und planmäßig zu bekämpfen.

Aufklärung der Bevölkerung und Prävention ist dabei vorrangig. Nach wie vor fehlen aber eine systematische und kontinuierliche Unterrichtung aller sowie eine praktische Einübung der einfachen AHA-L-Regeln. Nach wie vor fehlen kostenlose und wirksame Schutzmasken für alle (FFP2). Es mangelt am Einsatz wirksamer Filteranlagen und am Ausbau der Angebote im Öffentlichen Nahverkehr. Geeignete Räume für Initiativen oder Vereine stehen oft nicht kostenlos zur Verfügung.

Die Überwindung dieser und anderer Probleme könnte uns voranbringen. Sie könnte dazu beitragen, dass das Alltagsleben und die Handlungsfähigkeit vieler Menschen und Organisationen verbessert werden. Nicht zuletzt in Bereichen wie der Kultur und dem Breitensport.

Solidarische Front jetzt!

Der Politik der Herrschenden gilt es entgegenzutreten, indem wir die Grund- und Menschenrechte verteidigen und Initiativen für direkte und aktivierende Demokratie entwickeln.

Eine den Interessen der Beschäftigten und Benachteiligten verpflichtete Politik setzt sich für den Aufbau demokratisch gewählter Komitees in allen Betrieben, Einrichtungen, Orten und Ortsteilen zur Umsetzung und Kontrolle der erforderlichen Gesundheitsschutzmaßnahmen ein.

Es gilt jetzt, die Bündelung und gegenseitige Unterstützung aller gegen die Kapitalinteressen gerichteten Bewegungen zu verstärken. Dies ist nur möglich durch ein organisiertes und organisierendes Eintreten für den Aufbau einer solidarischen Front. Nicht nur der sozialen Bewegungen, sondern auch der Gewerkschaften und der linken Organisationen.



Wandmalerei in Chemnitz, 26. Februar 2017.

Foto: Avanti².

Betriebsarbeit in Zeiten der „Corona-Pandemie“

Ein Gespräch mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten (Teil I)*

Im April 2020 sprachen wir das erste Mal mit Kolleg*innen aus Chemie-, Metall- und Speditionsunternehmen über die betrieblichen Auswirkungen der Pandemie. Im November 2020, mitten in der zweiten Pandemie-Welle, fragten wir erneut nach.

Gibt es in „Eurer“ Belegschaft Krankheitsfälle?

Clara: Ja. Aber vor allem gab es viele Verdachtsfälle. Kolleg*innen mussten in Quarantäne, die im privaten Umfeld Kontakt mit Erkrankten hatten. Aber wir hatten keine schweren Erkrankungen. Niemand musste auf die Intensivstation.

Kevin: Ein Kollege hatte einen schweren Verlauf. Er hatte sich im Urlaub angesteckt. Daher musste auf seiner Schicht niemand in Quarantäne. Inzwischen ist er wieder zuhause. Ansonsten sind wir gut durch die Pandemie gekommen. Die Fehlzeiten waren niedriger als in einem heftigen Grippejahr.

Heiko: Bei uns war rund ein Prozent der Belegschaft coronabedingt zu Hause. Die Hälfte davon hatte eine „milde“ Corona-Erkrankung. Die anderen mussten aufgrund einer Anordnung des Gesundheitsamtes in Quarantäne.

Tom: Bei uns fand Corona als Krankheit so gut wie nicht statt. Ich bin mir aber nicht sicher, ob Kollegen mit leichten Erkältungssymptomen sich immer haben testen lassen. Gerade im Bereich meiner unqualifizierten und befristeten Kollegen herrscht aufgrund der Krise Unsicherheit und Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Wurde seit April das Unternehmen „pandemiefit“ gemacht?

Clara: Ja. Die Pandemie ist ein zentrales Thema. Die Arbeitsgruppen tagen mindestens wöchentlich und arbeiten eng mit dem Werksarzt zusammen. Es wurden viele Maßnahmen umgesetzt: Kontaktreduzierung, Schichttrennung, „Home-Office“, Maskenpflicht, Abstandsregelung, Desinfektionskonzept, Duschkonzept, Lüftungsgebot. Klar, die Produktion soll weiterlaufen. Da will niemand den Ausfall von dutzenden Arbeitern riskieren.

Kevin: Bei uns ist die Situation etwas anders. Wir (die Betriebsratsmehrheit, d. Red.) liegen sowieso im Dauerclinch mit der Geschäftsführung. Gerade auch wegen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Natürlich gibt es da eine Zusammenarbeit. Aber in den Abteilungen werden immer wieder Maßnahmen ohne Betriebsrat umgesetzt.

Heiko: Bei uns ist es ähnlich wie bei Kevin. Am Anfang hatten einige Abteilungsfürsten gemeint, sie könnten ohne Betriebsrat und ohne Konzept Maßnahmen ergreifen. Das haben wir inzwischen abgewehrt. Bei uns ist das Problem, dass wir beständig um unsere Mitbestimmungsrechte kämpfen müssen.

Tom: Bei uns ist das widersprüchlich. Im Speditionsbereich geht es um knappe Zeitkontingente. Natürlich will da das Unternehmen keine Ausfälle. Zum Beispiel gibt es Maskenpflicht und die Anordnung von Hygienemaßnahmen. Aber mein Eindruck ist, dass die Umsetzung vor allem von unseren Auftraggebern eingefordert wird. Bei uns gibt es ja auch im Arbeiterbereich viele „Einzelarbeitsplätze“, da ist die Ansteckungsgefahr eher gering.

Halten die Beschäftigten die Hygienekonzepte ein?

Clara: In der Regel werden die Konzepte nach einer kurzen Eingewöhnung beachtet. Einzelne Maßnahmen waren nicht umsetzbar. Es gibt zum Beispiel Situationen, da müssen zwei Kollegen körperlich schwere Arbeiten verrichten und kommen sich relativ nahe. Nicht immer wird da die Maskenpflicht beachtet. Aber das sind wirklich Ausnahmen. Für solche Fälle werden Lösungen gesucht und meistens auch gefunden.

Kevin: Ja, soweit ich das überblicke, werden die Konzepte eingehalten. Aber die Pandemie ist nicht die einzige Gefährdung. Wir wollen als Betriebsrat nach wie vor einen ganzheitlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz durchsetzen. Gerade bei der Beseitigung psychischer Belastungen sind wir da noch lange nicht am Ziel.

Heiko: Auch bei uns werden die Hygienekonzepte meistens eingehalten. Einzelne Vorgesetzte versuchen, „Verstöße“ für Disziplinarmaßnahmen zu nutzen. Die Berichte im Fernsehen, Internet usw. über die Pandemie und die Krise machen vielen Kolleg*innen Angst. Darum halten sie die Regeln ein und versuchen, nicht aufzufallen und „unterm Radar zu fliegen“.

* [Das Gespräch fand Ende November 2020 statt. Die Namen wurden zum Schutz der Teilnehmenden geändert. Teil II des Interviews erscheint in der nächsten *Avanti*². Die Fragen stellte U. D.] ■

**Für
unsere
Rechte
streiten**

Tarifauseinandersetzung Metall und Elektro Klassenkampf nur von oben?

R. G.

Die Mitte Dezember beginnende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie hat es in sich. Der Kapitalistenverband Gesamtmetall nutzt die „Corona-Krise“ zur Verschärfung des Klassenkampfes von oben. Was setzt die IG Metall (IGM) dem entgegen?

Die Antwort auf diese Frage wird letztendlich nicht am Verhandlungstisch, sondern in den Betrieben gegeben. Denn Tarifrunden sind Machtfragen.

IGM-Pragmatismus

Die IGM-Tarifkommissionen in der Metall- und Elektroindustrie haben am 17. November ihre an die Empfehlung des Vorstandes angelehnten Forderungen beschlossen. Der IGM-Vorstand wiederum hat die Forderungen nun genehmigt:

- Verbesserung der gekündigten Tarifregelungen zur Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitabsenkung mit Teilentgeltausgleich (z. B. als 4-Tage-Woche).
- Tariflicher Rahmen für betriebliche Zukunftstarifverträge, die Regelungen in den einzelnen Betrieben zur Sicherung von Standort und Arbeitsplätzen festlegen.
- 4 Prozent mehr bei Entgelten und Ausbildungsvergütungen bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Verrechnung dieses Volumens für Maßnahmen zur „Beschäftigungssicherung“ wie etwa einem Teilentgeltausgleich bei Arbeitszeitabsenkungen.
- Außerdem Regelungen zur Verbesserung der Ausbildung und zur unbefristeten Übernahme für alle Auszubildenden – auch für die dual Studierenden.
- Schließlich „Schritte zur Angleichung der Arbeitsbedingungen in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie“, wo nach wie vor die 38-Stundenwoche gilt.

Das sind alles keine revolutionären Forderungen. Im Gegenteil. Zwar ist es positiv, dass die IGM-Spitze die 4-Tageweche ins Gespräch gebracht hat. Aber eben nicht mit vollem Lohnausgleich – und schon gar nicht mit (vollem) Personalausgleich. Da war die Diskussion in den 1980er Jahren schon wesentlich weiter.

Zudem spricht der erste Vorsitzende der IGM, Jörg Hofmann, von einer faktischen weiteren Aufweichung des Flächentarifvertrags: „Mit Zukunftstarifverträgen sollen passgenaue betriebliche Lösungen gefunden werden, die Zusagen für Investitionen, Standorte, Beschäftigung und Qualifizierung enthalten. Die Vorschläge zur 4-Tage-Woche und zu Zukunftstarifverträgen sind Antworten auf die digitale und ökologische Transformation.“

Was diese Zusagen wert sind, zeigen die aktuellen Konflikte um die „Beschäftigungssicherung“ bei Opel und Daimler. Die dortigen Konzernvorstände wollen trotz geltender Regelungen, tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichten.

Kapitalisten-Träume

In einem Interview mit der *FAS* vom 22.11.2020 redet Stefan Wolf, mittlerweile Vorsitzender von Gesamtmetall, einer weiteren Senkung der Arbeitskosten das Wort. Er sagte: „Die von der IG Metall geforderte Viertageweche mit Teil-Lohnausgleich wäre grotesk. Dadurch würden die Arbeitskosten je Stunde steigen. Die müssen aber dringend runter.“

Aber damit nicht genug. Wolf erwartet ausdrücklich Verzicht seitens der Beschäftigten: „Es gibt viele Möglichkeiten. [...] hier in Baden-Württemberg gibt es zum Beispiel Spätzuschläge schon ab zwölf Uhr mittags. Da kann man rangehen. Es gibt viele Vergünstigungen, Sonderzahlungen, Pausenregelungen. Vielleicht kann man auch mal dran denken, dass man für das gleiche Geld wieder ein bisschen mehr arbeitet.“

Neben unbezahlter Mehrarbeit kann sich Gesamtmetall aber auch eine flexible Absenkung der Arbeitszeit vorstellen – ebenfalls ohne Lohnausgleich.

„Sinnvoll“, so Wolf, „wäre eine Flexibilisierungs-Automatik im Flächentarif: Wenn ein Unternehmen in der Krise beispielsweise unter eine bestimmte Ertragskennzahl fällt, dann sollte es automatisch die Möglichkeit bekommen, individuelle Regelungen zu vereinbaren, die vom Flächentarifvertrag abweichen und direkt zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat ausgehandelt werden. Die IG Metall muss dabei nicht mit am Tisch sitzen, denn dadurch wird es in der Praxis oft kompliziert.“

Das Motto der Kapitalisten ist klar: Die Höhe der Profite ist unantastbar. Deshalb sollen Tarifverträge noch mehr ausgehebelt und die Gewerkschaft weiter geschwächt werden.

Aktive Gegenmacht?

Die IG Metall-Führung steht vor mehreren Herausforderungen: 1. Sie muss sich von ihren Sozialpartnerschafts-Träumen verabschieden. 2. Sie muss unter Corona-Bedingungen neue und alte Formen der Mobilisierung miteinander verknüpfen. 3. Sie muss die noch viel zu weit verbreitete Lähmung im Apparat und in der Basis überwinden. Und sie muss 4. glaubhaft deutlich machen, dass sie den Arbeitskampf nicht scheut.

Wird es gelingen, den Gegenmachts-Anspruch der aktiven ehren- und hauptamtlichen Gewerkschaftsmitglieder allen Hemmnissen zum Trotz auf die Straße zu bringen? Die ersten Monate des kommenden Jahres werden eine Antwort auf diese Frage geben. Wir sollten dazu beitragen, dass sie positiv ausfällt. ■



Europaweiter Aktionstag bei Bombardier Mannheim, 16. Juli 2020. Foto: helmut-roos@web.de.

BR-Mobbing

Eine Seuche breitet sich aus

Avanti² hat mit Clara, einem Betriebsrats-Mitglied aus Südwestdeutschland, über ihre Erfahrungen gesprochen. Ein weiterer aktueller Fall von BR-Mobbing.*

Wann und wie hast Du gemerkt, Dass Du wegen Deines Engagements als gewähltes BR-Mitglied von der Unternehmensseite gemobbt wirst?

Clara: Im Rückblick und mit der Kenntnis von heute muss ich sagen, diese organisierten Angriffe gingen schon sehr früh los, circa ein halbes Jahr, nachdem ich das erste Mal gewählt wurde. Bei dem „Wie“ erinnere ich mich vor allem daran: Durch meinen Einsatz für den Arbeitsschutz kam ich aus Unternehmenssicht schon sehr früh „vom rechten Weg“ ab. Im Kampf für die Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes aus dem Jahre 1996 war ich von der Geschäftsleitung schon schnell als treibende Kraft und Unruhestifter ausgemacht. Beschimpfungen durch das Management wie „quer im Kopf“ waren und sind fast schon normal. Unser Gremium und natürlich auch ich wollten nur, dass vor allem das Betriebsverfassungsgesetz im Unternehmen eingehalten wird. Das aber ist der Firmenspitze schon zu viel! Denn Originalton Chef: „Gelten Gesetze auch für mein Unternehmen?“

Der Kontakt zu BR-Gremien in anderen Firmen öffnet einem zusätzlich die Augen. Das Vorgehen der jeweiligen Unternehmensleitungen ist vergleichbar.

Hier einige Beispiele der aktuellen Eskalation. Der Boss hat das BR-Gremium auf einer Betriebsversammlung vor der gesamten Belegschaft angegriffen. Es fielen Sätze wie: Die Betriebsratsvorsitzende macht vor der Betriebsversammlung krank, um ihre Rede schreiben zu können. Oder: Das BR-Mitglied [...] ist zu dumm, um die Organisation der Betriebsversammlung richtig durchzuführen. Das BR-Gremium an sich ist untragbar. Natürlich fehlte auch nicht die Behauptung, dass die Geschäftsleitung sich jeden Tag für den Standort stark machen würde. Hingegen würde der Betriebsrat weniger dringliche Themen wie den Arbeitsschutz eskalieren und damit das Management binden. Damit würde er die Arbeitsplätze gefährden.

Im Anschluss an diese Versammlung wurde durch Mandatsniederlegung eingeschüchterter BR-Mitglieder versucht, den Betriebsrat zu spalten.

Bestimmte Betriebsräte werden zur Seite genommen. Es wird ihnen suggeriert, dass man mit ihnen viel besser könne als mit der aktuellen Vorsitzenden. Mit der Wille von der Geschäftsleitung sowieso keiner mehr reden und arbeiten.

Wie bist Du mit der Situation umgegangen?

Clara: Äußerlich „business as usual“. Man arbeitet routinemäßig im negativen Sinne alles ab. Man ist aber nicht mehr mit dem Kopf, schon gar nicht mehr mit dem Herz dabei. Innerlich wird man nervös. Man verliert empathische Eigenschaften, die einem selbst doch immer wichtig waren. Man wird unsicher. Man beginnt zu zweifeln an dem, was man tut und getan hat. Man bekommt Existenzängste. Das nimmt man dann auch mit nach Hause. Am Anfang „nervt“ man damit noch die Familie, den Partner. Dann kommt der Punkt, an dem man die Rote Karte zu Hause gezeigt bekommt. Danach kommt die Phase, in der man

sich in sein Schneckenhaus zurückzieht und sich isoliert.

Von wem und in welcher Form hast Du Unterstützung erhalten?

Clara: Durch meine Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat und durch das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ aus Mannheim, welches sich schon seit Jahren mit dem Mobbing gegen Betriebsräte beschäftigt. Im Betriebsrat selbst hat sich zum Glück ein stabiler Kern herausgebildet. Menschen, auf die man sich aufgrund der gemeinsamen Erfahrung mit dem Unternehmer verlassen kann. Wir haben in diesem Kreis gelernt, uns gegenseitig aus der Schusslinie zu holen oder die Versuche, uns zu spalten, abzuwehren.

Ohne die Ratschläge aus dem Solikomitee hätte ich wahrscheinlich aufgegeben. Die Ratschläge sind praxiserprobt und führen durchaus zum Erfolg. Man weiß aber auch, nichts kommt von allein. Man muss am Ball bleiben und aktiv werden. Man muss wieder aus dem Loch kommen, in das man geworfen wurde.

Auch die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb haben das zum Teil erkannt. Man selbst ist da oft etwas betriebsblind, was einen selbst angeht. Die Betrachtung von außen, von den Kolleginnen und Kollegen ist da sehr wichtig, um wieder geerdet zu werden. Überhaupt ist es die Belegschaft, die über die Hintergründe des Mobbing aufklärt und in die Abwehr einbezogen werden muss.

Der Geschäftsleitung geht es nicht ausschließlich um die Person, die gerade gemobbt wird. Es geht ihr vor allem darum, die Belegschaft und den Betriebsrat zu spalten sowie die „Unruhestifterin“ kaltzustellen. Dann, so ihr Kalkül, kann sie in Gutsherrenmanier die eigenen Ziele zu Lasten der Belegschaft widerspruchslös durchsetzen. Das ist der wahre Kern des Mobbing gegen Betriebsräte.

Eine aufgeklärte Belegschaft wird sich aber nicht so leicht von der Geschäftsleitung um den Finger wickeln lassen. Eine aufgeklärte und kampfbereite Belegschaft ist der Schlüssel, um effektiv gegen das Mobbing vorgehen zu können.

Was erwartest Du in diesem Zusammenhang zukünftig von Deiner Gewerkschaft?

Clara: Für uns ist die IG Metall zuständig. Die IG Metall hat ja auf ihrem Gewerkschaftstag im Jahr 2015 beschlossen, das Thema Betriebsratsmobbing als eine wichtige gewerkschaftliche Herausforderung zu begreifen und offensiv dagegen vorzugehen. An diesem Anspruch werden wir sie auch messen. Was ich erwarte, liegt auf der Hand. Eine klare Positionierung und eine basisorientierte Gewerkschaftsarbeit. Eine Gewerkschaft, die aktiv vor ihren Betriebsräten steht und die solchen Angriffen auf Betriebsräte entgegentritt.

* [Die Fragen stellte H. S., den Namen der BR-Kollegin haben wir aus Sicherheitsgründen geändert.] ■

ISO-Online-Infoabend „Klassenkampf im Betrieb“

R. G.

Ende November veranstaltete die ISO-Gruppe Rhein-Neckar zum neunten Mal einen Online-Infoabend. Diesmal lautete das Thema „Klassenkampf im Betrieb – Wie Betriebsräte gemobbt werden, und wie sie sich wehren.“

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit dem Bericht eines aktuell betroffenen Betriebsratsmitglieds. Es folgte eine lebhafte und solidarische Diskussion über diesen konkreten Fall und die Chancen und Möglichkeiten der Gegenwehr.

Der Klassenkampf ist real

Die Angriffe auf die politischen und sozialen Rechte der arbeitenden Klassen sind weltweit alltägliche Realität.

Warren Buffet, einer der reichsten Männer der Welt, sagte im Jahr 2006: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ Dieser Klassenkrieg findet täglich statt. Am direktesten spürbar ist er in den Unternehmen.

Profit, Profit, Profit ...

Das Erzielen des größtmöglichen Profits steht im Zentrum des unternehmerischen Handelns in einer kapitalistischen Wirtschaft. Gewerkschaften und Betriebsräte (die jeweils diesen Namen verdienen) fordern davon einen mehr oder weniger großen Anteil. Schon deshalb sind beide Störenfriede im kapitalistischen Profitgetriebe.

Das Einhalten von gesetzlichen und tariflichen Regelungen, der Arbeits- und Gesundheitsschutz kosten das Unternehmen vordergründig Geld. Die Verhandlungen mit Betriebsräten kosten Zeit und stellen die „Alleinherrschaft“ der Eigentümer in Frage.

„Störenfriede“ beseitigen

Gewerkschaftsbekämpfung und Betriebsratsmobbing sind Teil der Strategie des Kapitals im Klassenkrieg. Es gibt dabei mehrere Abstufungen: 1. Die erfolgreiche Integration und das damit verbundene Einspannen für die eigenen Profitziele. 2. Die gezielte politische und organisatorische Schwächung. 3. Die völlige Zerschlagung.

Illegale Angriffe

Sobald Betriebsräte versuchen, die bestehenden Gesetze ernsthaft umzusetzen, bläst ihnen der kapitalistische Gegenwind ins Gesicht.

Betriebsratsgremien werden mit einer Unzahl von Anfragen und Aufgaben seitens des betrieblichen Führungsapparates konfrontiert. Ziel ist der Verschleiß und die „Verzettelung“ der Kraft des Betriebsrates.

Betriebsräte werden diffamiert und beleidigt. Ihre Kompetenz wird in Frage gestellt. Sie werden als Risiko für Unternehmen und Arbeitsplätze dargestellt. Ziel ist, die Unterstützung durch die Belegschaft zu zerstören und die Betriebsräte zu isolieren.

Sie werden eingeschüchtert und wenn notwendig psychisch zermürbt. Unter vier Augen wird der Verlust des Arbeitsplatzes angedroht. In extremen Fällen geht dies bis zur Zerstörung der Familie und des persönlichen Umfelds. Ziel ist es, den Betriebsrat als Mensch und Persönlichkeit zu „brechen“ oder gar zu vernichten.

Fazit: Gegenwehr organisieren

In der Diskussion wurden konkrete Wege entwickelt, wie Betriebsräte eine erfolgreiche Gegenwehr aufbauen können:

1. Im Betrieb einen harten Kern von aktiven Betriebsräten aufbauen.
2. Kontakt zur Belegschaft halten und betriebliche Öffentlichkeit schaffen: „Angriffe auf Betriebsräte sind Angriffe auf die Belegschaft“.
3. Eigene Ziele definieren und einen eigenen Aktionsplan erstellen. Die Arbeit nicht von der Gegenseite diktieren lassen.
4. Die Gegenseite analysieren, um deren Ziele und Handeln zu verstehen.
5. Solidarität organisieren: Unterstützung von der eigenen Gewerkschaft einfordern. Außerhalb des Betriebes mit anderen Kolleg*innen vernetzen und sich an Solidaritätsgruppen oder deren Aufbau beteiligen. ■



1. Mai 2020, Marktplatz Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

Gegenwind für „Westwind“

Interview mit dem OST – FairMieten in der Neckarstadt*

Das Offene Stadtteiltreffen Neckarstadt (OST) greift ein Anliegen auf, bei dem es um die Perspektiven der überwiegenden Mehrheit der Bewohner*innen der Neckarstadt-West geht. *Avanti*² sprach mit Aktiven des OST.

Wie wird Eure Initiative im Stadtteil aufgenommen?

Ein Teil der Bewohner*innen der Neckarstadt weiß um das Problem der steigenden Mieten, und ein Großteil ist selbst davon betroffen. Andererseits gibt es auch zahlreiche nicht direkt betroffene Menschen, die sich solidarisch engagieren. Zudem gibt es Bewohner*innen, die eine abwartende Haltung nach dem Motto „Warde mer's mol ab, mich betrifft's ja nicht“ innehaben. Höhere Mieten und Verdrängung betreffen allerdings jede*n, sei es direkt oder indirekt durch die sogenannte ortsübliche Vergleichsmiete, welche stetig steigt. Die Rückmeldungen, die wir auf unsere Aktionen bekommen, sind überwiegend positiv. Vor allem an unseren Infoständen sind wir mit vielen Anwohner*innen in Kontakt gekommen, für die bezahlbare Mieten ein wichtiges Thema sind, oder die Angst haben, aus dem Viertel verdrängt zu werden. Auch die Beteiligung an unseren monatlichen Treffen ist trotz Pandemie und Online-Meetings immer noch hoch.

Ihr fordert echte Bürgerbeteiligung. Was genau versteht ihr darunter?

Wenn wir „echte“ Bürgerbeteiligung fordern, muss es auch „unechte“ geben. Darunter verstehen wir die gängige Praxis von Stadt und Immobilienwirtschaft, Bürgerbeteiligung vorzugaukeln und zu inszenieren. Besonders deutlich konnte man dieses Schauspiel bei den Begehungen im Zusammenhang mit „Westwind“ und der Vorstellung des geplanten Bistros an der Dammstraße beobachten. In dem einen Fall war die Anwesenheit der Anwohner*innen gar nicht eingeplant, und in dem anderen war von Anfang an klar, dass man die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen stellt. Für die Altmiet*innen in diesem Bereich bedeutet das Bauvorhaben vor allem eins: Eine unwillkommene Lärmquelle.

Dass Bürgerbeteiligung so nicht funktioniert, ist offensichtlich. Es gibt hier aber auch noch andere Fallstricke. Die Verflechtung von Stadt, Immobilienwirtschaft und Gastronomie ist in der Neckarstadt so undurchsichtig, dass Transparenz die erste Bedingung für eine Bürgerbeteiligung wäre. Als Beispiel sei hier das Bistro an der Dammstraße genannt. Die Stadt verpachtet dort die Parkplätze oh-

ne Ausschreibung, die Immobilienfirma Hildebrandt & Hees (H&H) fungiert als Bauherr und ein Gastronom aus dem Jungbusch, der eng mit H&H zusammenarbeitet, soll es bewirten. Zu wissen, wer hier was verdient, und ob die Stadt hier H&H ein „Geschenk“ macht, wäre eine wichtige Voraussetzung, um das Für und Wider des Kiosks abzuwägen.

(Siehe hierzu: gekürzter datenschutzfreundlicher Kurzlink: www.donotlink.it/ML2YvE)

Wieso spielen in Eurer Kritik an der Wohnungspolitik der Stadt Mannheim einzelne Akteure wie der CDU-MdB Nikolas Löbel oder die Immobilienfirma Hildebrandt & Hees eine so große Rolle?

Nicht allein einzelne Akteur*innen stehen im Fokus unserer Kritik. Diese sind Ausdruck des Armutszeugnisses der Stadt – sie versteht Wohnungs- und Stadtteilpolitik als Immobilienökonomie und Stadtentwicklung als Förderprogramm für Investoren. Außerdem wäre eine rein abstrakte Kritik an zu hohen Mieten albern. Mieten sind immer und überall zu hoch. Ähnlich wie Löhne prinzipiell immer zu niedrig sind. Erstens bringt uns diese Erkenntnis aber nicht weiter, und zweitens fällt der Mietwahnsinn, den wir hier erleben, aus jedem strukturell erklärbaren Rahmen.

Es war Löbels individuelle Entscheidung, vier Wohnungen über ein Subunternehmen an AirBnB anzubieten, um noch einmal ein paar Euro mehr herauszuschlagen. Es ist die Entscheidung von H&H, Wohnraum zu vernichten und u. a. in der Lutherstraße Gastronomie anzusiedeln, weil sich hier mehr Pacht herauspressen lässt. Für dieses Handeln sind die Akteure zu benennen, zu kritisieren und letztlich zu bekämpfen.

Herr Löbel und H&H sind mit Sicherheit austauschbare Figuren, die in anderen Großstädten andere Namen tragen. Wir als OST sehen deren Rolle und damit einhergehende Verantwortung gegenüber allen Mannheimer*innen aber als Paradebeispiel in Bezug auf Gentrifizierung und Vertreibung. In diesem Fall ist es dann unsere Verantwortung, deren Namen zu nennen und auf die Missstände und Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen.

H&H spielen im Stadtteil zusätzlich eine spezielle Rolle: Nach ihrem bereits kritisch wahrgenommenen Handeln im Jungbusch wurde die Firma von der Stadt Mannheim im Sanierungsgebiet Neckarstadt-West zum offiziellen Partner ernannt. (Siehe dazu: gekürzter datenschutzfreundlicher Kurzlink: www.donotlink.it/G9NvKQ)

Ihr fordert u. a., dass die Stadt Mannheim verstärkt von ihrem Vorkaufsrecht in der Neckarstadt-West Gebrauch machen soll. Warum geht Ihr nicht einen Schritt weiter und fordert die Enteignung der Immobilienspekulanten nach Artikel 15 GG, wie es beispielsweise die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“ in Berlin tut?

Natürlich ist die Forderung nach Enteignung richtig. Wir finden

STOP!

Kein Ausverkauf der Neckarstadt.



Aktion des OST in der Neckarstadt-West.

Foto: OST.

es toll, dass es die Aktivist*innen in Berlin geschafft haben, diese auf die Agenda zu setzen. Berlin hat aber auch andere Rahmenbedingungen, die es möglich machen so offensiv aufzutreten. In der Neckarstadt-West haben die großen börsennotierten Immobilienkonzerne noch keine Monopolstellung, die es möglich machen würde, dass die Forderung nach Enteignung von einem breiten Bündnis getragen würde. Prinzipiell ist uns aber klar, dass wir unsere Gesellschaft und die Eigentumsverhältnisse anders organisieren müssen, wenn wir bezahlbares Wohnen für alle möglich machen wollen.

Was steht bei Euch in der nächsten Zeit an Inhalten und Aktivitäten an, und wie können Interessierte sich beteiligen?

Wir versuchen, auch in der Pandemie handlungsfähig zu bleiben.

Die Spekulanten schlafen nicht, und der Ausverkauf, die Verdrängung und die Umwandlung von Wohnraum in Kneipen geht auch während Corona weiter. Deshalb halten wir unser regelmäßiges Treffen am 2. Freitag im Monat als Online-Meeting ab, und auch unsere Arbeitsgruppen organisieren sich über Videokonferenzen.

Wir arbeiten außerdem aktuell an einer Unterschriftensammlung und beteiligen uns an der Dokumentation des SWR über die Waldhofstraße 8. Dieses Haus wurde als erstes Mietshaus in Mannheim durch die Bewohner*innen mit Hilfe des Mietshäusersyndikats dem Immobilienmarkt entzogen. Das Offene Stadtteiltreffen gab für die dortigen Mieter*innen die Initialzündung, den Kauf ihres Mietshauses selbst in die Hand zu nehmen. Im OST haben sie verstanden, dass sie bei der aktuellen Lage nicht weiter sicher dort wohnen können.

Wir planen eine Infoveranstaltung, und beteiligen uns an der deutschlandweiten „Mietenwahnsinn“-Kampagne.

Wie sieht die Neckarstadt-West in fünf Jahren in euren kühnsten Träumen aus?

Ohne zu pessimistisch klingen zu wollen: Wir glauben nicht, dass es die Zeit für kühne Träume ist. Im Kampf gegen die Gentrifizierung der Neckarstadt befinden wir uns allumfassend in der Defensive. Uns ist wichtig zu betonen, dass wir uns keine Illusionen über unsere Situation machen. Daher wollen wir lieber sagen, was ist, als uns Träume auszumalen.

*[Die Fragen stellte N. B.]

Kontakt zum OST:

www.facebook.com/offenes.stadtteiltreffen.neckarstadt/ oder hier: neckarstadt@stadtteiltreffen.de

Was das OST im Jahr 2019 alles auf die Beine gestellt hat, kann man in seinem Jahresrückblick nachlesen: (gekürzter datenschutzfreundlicher Kurzlink zu Facebook) www.donotlink.it/G9NRnY

INVESTOREN?!

RAUS AUS DER

NECKARSTADT!

**KRITISCHE BEGLEITUNG DER KIOSK-VORSTELLUNG
29.07., 16 UHR, DAMMSTR./ALPHORNSTR.**

STOP!
Kein Ausverkauf
der Neckarstadt.

Solidarische Front für die Verkehrswende? Gemeinsam sind wir stärker

N. B.

Am 18. November 2020 fand bereits zum fünften Mal die Videokonferenz der Initiative „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?“ statt.

Einmal im Monat kommen Aktive aus unserer und anderen Regionen zum Gedankenaustausch zusammen. Gemeinsam wollen wir überlegen, was wir den Krisen und den ständigen Angriffen auf unser Leben und unsere Rechte entgegensetzen können. Zudem suchen wir Antworten auf folgende Fragen: Welche Alternativen können wir entwickeln zum prokapitalistischen Handeln von Staat, Politik, Unternehmen und rechten wie reaktionären Bewegungen? Wie ist es möglich, bestehende Solidaritätsstrukturen zu stärken und weitere aufzubauen? Wie können wir sie gemeinsam mit anderen über Bereichsgrenzen hinweg zusammenzuführen?

Egoistische oder solidarische Proteste?

Zu Beginn des Abends verschafften wir uns einen Überblick über die aktuellen politischen Entwicklungen und Bewegungen. Bestimmt werden diese weiterhin durch die Corona-Pandemie. Eine der aktivsten Bewegungen ist aktuell die der „Querdenker“. Sie lehnen insbesondere einen wirksamen Gesundheitsschutz und jede gesellschaftliche Verantwortung ab. Angesichts der chaotischen und an Profitinteressen orientierten Corona-Politik der Herrschenden ist die massenhafte Mobilisierung durch diese Szene aus faschistischen und individualistischen Corona-Leugner*innen umso gefährlicher.

Die Teilnehmenden wussten aber auch von verantwortungsbewusst durchgeführten Protestveranstaltungen unter Pandemie-Bedingungen zu berichten: eine Fahrraddemo und mehrere Kundgebungen gegen rechts und gegen Corona-Leugner*innen in Oberhausen, Infostände und die dezentrale Aktion der Seebücke Mannheim am 21. November mit mehreren thematischen Stationen an verschiedenen Orten in der Innenstadt. Außerdem gibt es im Öffentlichen Nahverkehr weiterhin Tarifauseinandersetzungen. In der Metall- und Elektro-Industrie steht ein offenbar harter Konflikt bevor.

Gemeinsam für eine radikale Verkehrswende

In der Diskussion kristallisierte sich ein Thema heraus, das viele Bewegungen und Bereiche sozialen und gesellschaftlichen Lebens miteinander verknüpft: die Verkehrswende.

Die Klimabewegung ist weiterhin aktiv, aktuell insbesondere im Dannenröder Wald (Danni) und im Hambacher Forst (Hambi). Im Danni in Hessen geht es darum, die Rodung der alten Baumbestän-



Kundgebung am 1. Mai 2020 in Mannheim.

Foto: Barbara Straube.



Kundgebung am 1. Mai 2020 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

de für den Ausbau der A 49 zu stoppen.

Auch gegen Flughäfen formiert sich immer wieder Protest. Insbesondere kleine, lokale Flughäfen werden häufig nur von großen Unternehmen und Superreichen genutzt. Sie ziehen so den Unmut der Bevölkerung auf sich. Anwohner*innen beschwerten sich außerdem oft über die massive Lärmbelästigung. Zu Flughäfen wurde aber auch schon von Abschiebungsgegner*innen mobilisiert.

Gleichzeitig werden im Öffentlichen Nahverkehr von ver.di Tarifauseinandersetzungen geführt, mit denen sich auch die Klimabewegung Fridays for Future solidarisiert. Bei der Bahn steht die Tarifrunde der GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) an und auch die S 21-Proteste werden weitergeführt.

In Mannheim kämpfen die Beschäftigten von Bombardier (Bahnindustrie) für die Sicherung ihrer Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Angesichts dieser vielen Beispiele, die sich noch um zahlreiche andere lokale und überregionale ergänzen ließen, drängt sich die Frage auf: Wie können diese Proteste und Kämpfe miteinander verbunden werden? Wie kann eine gemeinsame Bewegung für eine radikale Verkehrswende entstehen?

Die an der Diskussion Teilnehmenden einigten sich darauf, das Thema weiter zu verfolgen und sich zunächst einen noch besseren Überblick über die unterschiedlichen Aktivitäten auf diesem Feld zu verschaffen. Beim nächsten Gedankenaustausch am Mittwoch, den 16.12.2020, werden wir daran anknüpfen können. ■

„Schnell noch die Welt verändern?“

Programm, Organisation und gemeinsame Aktion

N. B.

Am Samstag, 14. November 2020, fand unser Herbstseminar „Schnell noch die Welt verändern?“ statt. Trotz der Pandemie konnten wir hybrid – in einer Mischung aus Präsenz und online – zusammenkommen und Wege zu unseren politischen Visionen diskutieren.

Im ersten Seminarteil beschrieb der Referent die aktuelle Krisensituation, die praktisch alle gesellschaftlichen Lebensbereiche betrifft. Die in beängstigender Weise zunehmenden rechten, nationalistischen, autoritären, fundamentalistischen und faschistischen Bewegungen sind nur der sichtbarste Ausdruck dieser Krise. Vor diesem Hintergrund versuchen die Herrschenden, ihre Macht zu festigen.

Umso wichtiger sei es, betonte der Referent, dass wir einerseits an der Jahrtausende alten Vision einer freien, solidarischen und wahrhaftig demokratischen Gesellschaft festhalten. Andererseits betonte er die Notwendigkeit, nicht abzuwarten, sondern organisiert auf den radikalen gesellschaftlichen Wandel hinzuarbeiten.

Er ist die Voraussetzung für die Verwirklichung unserer Ziele: Indem die arbeitende Klasse die Macht des Kapitals bricht, die Kontrolle über die Produktion übernimmt und die politische Macht durch eine direkte, eine rechtsstaatliche Rätedemokratie ausübt.

Um in diesem Sinne vorangehen zu können, bedarf es des Aufbaus einer solidarischen Front. In ihr sollten alle gegen das Kapital gerichteten Bewegungen gemeinsam mit der Arbeiter*innenbewegung zusammenwirken.

Steine und Brocken auf dem Weg

Durch die Geschichte der Klassenkämpfe wurden uns große Hindernisse in den Weg gelegt. Einerseits von den offen reaktionären Kräften des Faschismus, die alles daransetzten, die Arbeiter*innenbewegung zu zerstören. Andererseits aber auch durch die Sozialdemokratie, den Stalinismus und die „sozialpartnerschaftlich“ orientierten Gewerkschaftsapparate.

Durch ihre Anpassung an den Kapitalismus und dessen politische Herrschaftssysteme haben sie zum Untergang der alten Arbeiter*innenbewegung entscheidend beigetragen. Sie haben nicht nur schwere Niederlagen in den Klassenauseinandersetzungen verursacht, sondern sogar die Er-

richtung reaktionärer und faschistischer Regime ermöglicht.

Gesellschaftliche Alternativen aufbauen

Der Referent des zweiten Seminarteils verwies auf den verschärften Klassenkampf von oben mit einer neuen Dynamik von Massenentlassungen und heftigen Angriffen auf unsere demokratischen, sozialen und ökologischen Grundrechte.

Es gibt aber auch viele Beispiele gelungener Gegenwehr etwa in Form der Selbstorganisation der Arbeiter*innen. Wir sahen einen Ausschnitt aus dem Video „Strike Bike“ und sprachen über die Kämpfe in anderen Betrieben – von Mannheim über Frankreich bis nach Argentinien. Dort konnten Belegschaften die Kontrolle über die Produktion übernehmen.

Die Diskussion drehte sich auch um den Bereich der Pflege und Gesundheitsversorgung. Er betrifft momentan alle Menschen noch akuter als in anderen Zeiten. An diesen Erfahrungen der Bevölkerung und des Personals gilt es, in sozialen und auch gewerkschaftlichen Kämpfen ebenso anzuknüpfen wie allgemein an der Lebenswirklichkeit und dem Bewusstsein der arbeitenden Klasse.

Letztlich komme es für den Erfolg einer Bewegung aber darauf an, so der Referent des zweiten Seminarteils, eine revolutionäre Partei mit revolutionärem Programm aufzubauen, um 1. breite Aktionseinheiten zu bilden, 2. für Sofortziele und Übergangsforderungen zu kämpfen, 3. Selbstorganisation von unten zu fördern, 4. die Zusammenarbeit mit linken Organisationen und Initiativen auszubauen und 5. sozialistische Bildungsarbeit zu organisieren.

Nur in einem kollektiven Prozess können wir eine solidarische Front aufbauen und für unsere Ziele und Visionen eintreten.

Aktuell erfordert das natürlich immer ein verantwortungsvolles Gesundheitsschutzkonzept wie in unserem Seminar: mit Videoschaltung zwischen zwei Räumen mit Kleingruppen sowie per Internet zugeschalteten Einzelpersonen, mit dem zur Verfügung stellen von FFP2-Masken, Einmalhandschuhen, regelmäßigen Lüftungspausen ...

Dieser Aufwand hat sich für alle Teilnehmenden gelohnt. Der sehr gute und sichere Ablauf unseres Herbstseminars – übrigens bereichert durch viel Musik – macht Mut für weitere Veranstaltungen und Aktionen auch in der Pandemie. ■



Demo am 1. Mai 2019 in Mannheim.

Foto: Avanti².

Working class hero

Vor 40 Jahren: John Lennon erschossen

M. G.

Vor vierzig Jahren, am 8. Dezember 1980, erschütterte ein Attentat in New York Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Das Opfer war der Ex-Beatle John Lennon. Der Attentäter war ein von evangelikalen Kreisen beeinflusster und als geistig verwirrt bezeichneter US-Amerikaner.

John Lennon gilt als einer der wichtigsten Musiker des Pop und Rock. Sein 1971 veröffentlichtes Lied *Imagine* ist ein bis heute in allen Erdteilen sehr bekannter und beliebter Hit. Lennon entwirft darin das Bild einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Kaum bekannt ist hingegen, dass er den Song als *Anthem*, als Hymne, der radikalen linken Bewegung der damaligen Zeit konzipiert hatte. Gewissermaßen als eine Art *Internationale* des Spätkapitalismus. Durch die globalen Jugendproteste der späten 1960er Jahre und unter dem Einfluss von Yoko Ono hatte er sich künstlerisch und politisch neu positioniert. Die Diskussionen mit Genossen der britischen Sektion der IV. Internationale hatten ihn beim Schreiben von Stücken wie *Power to the People* oder *Imagine* beeinflusst.

Die Herrschenden, vor allem in Britannien sowie den USA, und ihre Geheimdienste (MI5, FBI ...) sahen ihn aufgrund seiner

revolutionären Gesinnung und seiner internationalen Popularität als große Gefahr an.

FBI-Boss Edgar J. Hoover ordnete in den USA eine drei Jahre andauernde Bespitzelung des Ehepaars Lennon - Ono Anfang der 1970er Jahre an. Eine Begründung dafür war die Einschätzung des FBI, dass „Lennon [...] als Sympathisant trotzkistischer Kommunisten in England“ bekannt geworden sei.

Mit dem Doppel-Album *Some Time in New York City* (1972) mischten sich John & Yoko damals sehr explizit ein – gegen die politische Repression, für die Rechte von Frauen, Schwarzen und Antikapitalisten sowie für den irischen Befreiungskampf.

John Lennon wäre am 9. Oktober 2020 80 Jahre alt geworden.

Wie würde er sich wohl heute zu dem fortgesetzten Irrsinn des Kapitalismus äußern?



John & Yoko in Red Mole-T-Shirts der britischen Sektion der IV. Internationale.

Foto: Aus The Red Mole, 2. Jg. Nr. 5 vom 8. März 1971.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 03.12. 2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- SA, 05.12.2020, 11:00 Uhr, Infostand „Abrüsten statt aufrüsten“, Paradeplatz MA*
- MI, 16.12.2020, 19:00 Uhr, Viko „Wer, wenn nicht wir ...“
- DO, 17.12.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 18.12.2020, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu Frauenrechten
- SA, 19.12.2020, 17:00 Uhr, ISO-Jahresendfeier*

* (mit sorgsamer Beachtung der Gesundheitsschutzregeln)

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

